

## Kommentar

## Chaostage in Liestal

Von Markus Somm



Muss Peter Zwick zurücktreten? Erstaunen würde dieser Schritt nach Stand der Dinge niemanden. Was der Wirtschafts- und Gesundheits-

direktor von Baselland in den letzten Tagen erlitt, würde ich als eine Art von öffentlichem Mobbing bezeichnen. Als hätte Zwick den Kanton Baselland um Milliarden betrogen, als hätte er Pratteln angezündet oder Sissach zwangsgeräumt: Im Landrat zu Liestal wurde der Christdemokrat nach allen Regeln der Kunst zerlegt. Es wirkte hysterisch, beleidigt, unverhältnismässig. Der eben genesene Zwick wurde kritisiert und infrage gestellt, man belehrte ihn und dozierte, man zweifelte seinen Charakter an – und blieb pseudo-höflich genug, ihn nie explizit zum Rücktritt aufzufordern. Wie immer, wenn sich niemand traut, einem Menschen die Wahrheit zuzumuten, ergeht es diesem Menschen, den man schonen will, am Ende viel schlechter. Was in Liestal abläuft, erinnert an Zustände in Italien. Weil es dort unmöglich ist, jemanden loszuwerden, behelfen sich Arbeitgeber mit hinterhältigen Methoden. Zuerst weist man dem unglücklichen Mitarbeiter ein Büro ohne Fenster zu, dann schrumpft das Pult, schliesslich versagt das Telefon, dann bricht der Computer zusammen und wird nie mehr ersetzt.

Man plagt, statt zu kündigen – in der Hoffnung, der Todeskandidat tue es selber. In der Schweiz beobachtet man in der Verwaltung (und in der

Tritt Zwick zurück, ist die bürgerliche Mehrheit in der Baselbieter Regierung verspielt.

Politik) oft ähnliche Intrigen, da es auch hier etwas schwieriger ist, einen Mitarbeiter zu entlassen als in der Privatwirtschaft, wo das Obligationenrecht (noch) eine gewisse, brutale Ehrlichkeit zulässt. Entweder ist Zwick in seinem Amt überfordert – und es wäre im Interesse des Kantons, ihn mit einem fähigeren Magistraten zu ersetzen – oder er zeigt sich seiner Aufgabe gewachsen und es besteht Grund zur Annahme, dass er seine Performance verbessert. Für eine dieser Varianten muss man sich entscheiden, beides geht nicht. Unerträglich ist, wie sich weder Parteichefs noch Landräte noch die Regierung zu einem Urteil in dieser Frage durchringen. Unanständig wirkt, wie auf Kosten von Zwick parteipolitisch Kalkül als staatspolitisch wertvolle Kritik getarnt wird. Schwach ist es, wie Zwicks Kritiker die eigene Unentschlossenheit dem röchelnden Gesundheitsdirektor anlasten. Hätte er doch den Mut, selber zu gehen! Aus bürgerlicher Sicht muss Zwick bleiben. So schwerwiegend sind seine Fehler nicht. Tritt er zurück, dürfte die SP einen zweiten Sitz erobern, und die bürgerliche Mehrheit im sonst bürgerlichen Baselbiet ist verspielt. Daher ist es vollkommen halbsbrecherisch, wie FDP und SVP sich an der Verfolgung von Zwick beteiligen. Wozu? Lieben sie die SP? Chaostage in Liestal.

markus.somm@baz.ch

## Regierung wehrt sich für Peter Zwick

Dementi auf BaZ-Artikel sorgt im Landrat für Kopfschütteln – teilweise auch regierungintern

Von Alessandra Paone und Daniel Ballmer

**Liestal.** Faktisch sei die Verlagerung der Verantwortung für die Baselbieter Wirtschaftsoffensive ein Machtzug, hält SVP-Landrat Hanspeter Weibel fest. Die Regierung habe endlich erkannt, dass sie bei grossen Projekten zusammenarbeiten muss. Die von Weibel präsidierte Geschäftsprüfungskommission hatte in ihrem Bericht über die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) unter anderem die mangelnde direktionsübergreifende Kooperation kritisiert.

Nachdem CVP-Regierungsrat Peter Zwick vergangene Woche schärfste Kritik im Landrat einstecken musste, hat die BaZ gestern bekannt gemacht, dass ihm die Gesamtregierung nun auch noch die alleinige Federführung über die Wirtschaftsförderung entzogen hat. Diese geht an Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro (FDP). Grund: Unter Zwick gehe es nicht vorwärts, so war zu hören. Sogleich reagierte die Gesamtregierung gestern Morgen mit einem Dementi: Peter Zwick sei kein Dossier entzogen worden. Es sei lediglich beschlossen worden, dass die Verantwortung über die Wirtschaftsoffensive neu bei einem regierungsrätlichen Steueraussschuss liegen soll. Die Wirtschaftsförderung sei aber weiterhin Bestandteil der VGD.

## Begründung wird angezweifelt

Das sei nur «die höfliche Formulierung eines Misstrauensvotums», kommentiert Weibel. Man belasse die Verantwortung zwar bei der VGD, stelle aber ein Kontrollorgan darüber. Das sieht Martin Rüegg genauso: «Die Regierung ist angeschlagen und versucht nun zu retten, was zu retten ist – vergeblich», sagt der SP-Präsident und Landrat. Und selbst wenn die Begründung der Regierung stimmen würde, wäre der Zeitpunkt für diese Rochade äusserst ungünstig. Rüegg: «Da liegt die Interpretation, dass Zwick entmachtet wurde, auf der Hand.»

Das sieht Pegoraro ganz anders: Zwar sei die Wirtschaftsoffensive seit ihrer Präsentation im Februar tatsächlich noch nicht weit fortgeschritten – auch weil der Landrat eine Ergänzung zur Vorlage für das Kompetenzzentrum verlangt hatte. Das sei aber nicht der Grund für die Neuorganisation. Im Interview mit der BaZ wiederholt sie, dass die



**Unter Druck.** Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro verteidigt Peter Zwick, kann damit aber den Landrat nicht überzeugen. Foto Roland Schmid

## «Wir arbeiten auch weiterhin mit Peter Zwick zusammen»

Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro lässt vor allem Fragen offen

Von Daniel Ballmer

**Liestal.** Die Regierung habe weiter Vertrauen in Kollege Peter Zwick, betont Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro wiederholt. Die Kritik aus dem Landrat stellt sie in ihrer Heftigkeit infrage.

**BaZ:** Frau Pegoraro, grosse Teile des Landrats haben Peter Zwick das Vertrauen entzogen. Kann die Regierung da einfach wieder zum Tagesgeschäft übergehen?

**Sabine Pegoraro:** Ich habe schon in der letzten Landratssitzung betont, dass die Regierung den Charakter von Peter Zwick nicht infrage stellt und dass wir auch weiterhin Vertrauen zu ihm haben. Persönlich habe ich es als sehr schwierige Landratssitzung empfunden. Man kann kritisieren, sollte dabei aber immer sachlich bleiben. Und letzte Woche ist es teilweise doch sehr persönlich geworden. Das habe ich so noch nie erlebt.

**Wie interpretieren Sie denn die geladene Stimmung im Parlament?**

Da müssen Sie die Leute fragen, welche die Kritik geäussert haben. Ich habe einzig festgestellt, dass es wirklich persönlich geworden ist. Ich selber finde das schwierig.

**Wie sehr erschwert solches Misstrauen die Arbeit eines Regierungsmitglieds?**

Wir haben Vertrauen zu Peter Zwick. Wir arbeiten auch weiterhin mit ihm zusammen. Alles andere müssen Sie die Landratsmitglieder fragen, wie die sich das vorstellen.

**Es scheinen gar Trotzreaktionen zu befürchten zu sein. So könnte es schwie-**

**rig werden, Geschäfte aus Peter Zwicks Direktion durchs Parlament zu bringen.**

Auch diese Frage müssen Sie dem Landrat stellen, ob er künftig so mit diesen Vorlagen verfahren will. Ist eine Vorlage in Ordnung, gibt es keinen Grund, sie nicht gutzuheissen.

**Peter Zwick durchlebt derzeit eine sehr schwierige Phase. Wie können ihn die Regierungskollegen da unterstützen?**

Wir haben ja letzte Woche im Landrat erklärt, dass wir ihn unterstützen. Und regierungintern besprechen wir die Sache natürlich auch.

**Immerhin sind auch den Regierungskollegen Berichte lange vorenthalten worden, etwa zum Bruderholzspital. Wird man da nicht stutzig?**

Wir haben sie dann bekommen.

**Aber erst sehr spät – eigentlich zu spät.** Peter Zwick ist schliesslich in die Regierung gekommen und hat gesagt, dass man das Projekt stoppen müsse. Das war uns auch klar, und daher haben wir das auch mitgetragen.

**Fakt bleibt, dass auch die Regierung monatelang nicht informiert worden ist.** Über interne Vorgänge äussere ich mich nicht.

**Im Landrat wurde die Regierung als «Loyalitätsweltmeister» bezeichnet. Kritik scheint tabu zu sein.**

Doch natürlich wird regierungintern auch immer wieder Kritik geäussert.

**Wie sehr schadet die ganze Kritik an Peter Zwick der Gesamtregierung?**

Wo wir als Gesamtregierung in der Pflicht stehen, haben wir auch keine Freude, wenn etwas nicht gut läuft. Dann müssen wir dafür sorgen, dass wir das Problem beheben können.

## Die Teilentmachtung, ein gravierender Schritt

Der Fall Peter Zwick hat Parallelen zu anderen Kantonen

Von Seraina Gross und Martin Furrer

Was tun, wenn sich ein Regierungskollege ins Aus manövriert und politisch handlungsunfähig wird? Zu den Instrumenten, die einem Kollegium zur Verfügung stehen, gehören der Departementswechsel, der Entzug von Dossiers oder, wie im Falle des Baselbieters Peter Zwick, die Delegation von Kompetenzen an einen regierungsrätlichen Steueraussschuss. Ein Blick auf andere Fälle zeigt jedoch: Der Eingriff des Kollegiums in die Kompetenzen eines Kollegen ist ein gravierender Schritt.

Im Jahr 2001 traf es den Bündner SVP-Justizdirektor Peter Aliesch. Er war in die Schlagzeilen geraten, weil er und seine Ehefrau von einem griechischen Finanzjongleur Geschenke angenommen hatten, unter anderem einen Pelzmantel. Der Regierungsrat entzog Aliesch das Justiz- und Polizeidepartement. Eine Strafuntersuchung kam zum Schluss, Aliesch habe sich «politisch leichtfertig, juristisch aber korrekt» verhalten.

Ein paar Jahre zuvor waren in der Waadt dem damaligen SVP-Staatsrat Pierre-François Veillon gravierende Unregelmässigkeiten in seinem Departement zum Verhängnis geworden. Der im Kollegium beschlossene Wechsel Veillons ins Justizdepartement konnte das Unvermeidliche jedoch nicht mehr verhindern: Wenige Wochen später trat er im März 1996 als Waadtländer Staatsrat zurück. Die Waadt hat die Lehren aus der Affäre gezogen und die Rolle des Regierungs-

Baselbieter Wirtschaftsoffensive ein direktionsübergreifendes Projekt der Gesamtregierung sei. Und das sei der einzige Grund, warum der Vorsitz des neuen Steueraussschusses jeweils mit dem Regierungspräsidium wechsele.

Zumindest diesen Umstand erachtet Rolf Richterich als sinnvoll. Der Präsident der FDP-Landratsfraktion findet es grundsätzlich richtig, dass bei der Wirtschaftsoffensive die Federführung nicht mehr beim aktuellen Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor liegt. Richterich setzt aber ein Fragezeichen hinter die Begründung der Regierung für die Verschiebung. «Die Regierung soll doch so ehrlich sein und den wahren Grund nennen», sagt Richterich. Er hält die Erklärung für wenig plausibel, dass die Verantwortung beim Regierungspräsidium liegen solle, weil es sich um ein direktionsübergreifendes Projekt handle. «Die Leitung der Wirtschaftsoffensive ist nicht Aufgabe des Regierungspräsidenten», betont Richterich. Auch sei es nicht im Sinne der Wirtschaftsförderung, dass jedes Jahr die Projektleitung wechsele.

## Kritik auch regierungintern

Doch damit nicht genug: Inoffiziell sprechen selbst mehrere Regierungsmitglieder eine andere Sprache als die offizielle Doktrin. Bisher sei Peter Zwick de facto alleine verantwortlich gewesen. Nun werde ein Steueraussschuss eingesetzt, welcher der Gesamtregierung direkt rapportieren soll. Für die Projektleitung werde eine externe Lösung gesucht. «Tatsächlich wurde an der Klausursitzung der Regierung Kritik laut, dass die Wirtschaftsoffensive unter Zwick bisher zu wenig vorangekommen ist», stellt ein Regierungsmitglied klar.

Klaus Kirchmayr bezeichnet die Stellungnahme der Regierung als «sehr schwammig». Fakt sei: «Bisher war Peter Zwick für das Wirtschaftsdossier zuständig – geliefert wurde ausser einer unbrauchbaren Vorlage im Mai bis jetzt nichts.» Richtigerweise habe die Regierung darum jetzt die Verantwortung für ihr wichtigstes Projekt, die Wirtschaftsoffensive, an Sabine Pegoraro übertragen. Das Kompetenzzentrum als wichtiger Teil der Wirtschaftsförderung müsse sich hier aber entsprechend einordnen, wie das andere Dienststellen anderer Direktionen auch müssen, sagt Kirchmayr.

präsidenten bei der Überwachung der Amtsführung der Regierungsmitglieder gestärkt.

2003 rumorte es in Bern und im Tessin. Dem Berner SP-Fürsorgedirektor Samuel Bhdentzog die Regierung die Verantwortung für die Betreuung von Asylbewerbern und übertrug sie der FDP-Polizeidirektorin Dora Andres. Und der Tessiner Regierungsrat strafte seine SP-Sozialministerin Patrizia Pesenti ab, weil sie sich gegen Sparpläne gestraubt hatte: Er überliess ihr nur noch die Bereiche Spital- und Familienpolitik. Das Dossier Sozialversicherungen hingegen wanderte zu FDP-Regierungsrätin Marina Masoni. Diese wurde 2006 ihrerseits entmachtet; das Kollegium entzog der Finanzvorsteherin wegen einer Steueraffaire die Verantwortung für die Steuerverwaltung.

Nur eine marginale Rolle spielte die Teilentmachtung durchs Kollegium in den Staatsratsaffären, welche die Romandie in jüngster Zeit beschäftigten. Dem irrlüchternen Neuenburger Staatsrat Frédéric Hainard wurde zwar wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch die Aufsicht über das Arbeitsamt und die Vormundschaftsbehörde entzogen. Den Ausschlag für den Rücktritt gab aber die bevorstehende Publikation des Berichts der parlamentarischen Untersuchungskommission. Dem Genfer Staatsrat Mark Müller, der vor dem Genfer «Moulin à Danses» mit einem Barmann zusammengestossen war, wurde zwar die Verantwortung für die Umzonung ebendieses Dancings entzogen. Zurücktreten musste er schliesslich trotzdem.